

(Pro) KÖLN im



AUSNAHMEZUSTAND



Der Tag, an dem Köln die Demokratie verlor:

20.9.2008



(Pro) KÖLN im

AUSNAHMEZUSTAND

„Der gestrige Tag war ein Sieg für diese Stadt, ihre Bürger und alle demokratischen Kräfte.“

OB Schramma am 21. September 2008

Wie Schramma und linksextreme Randalierer anlässlich des Anti-Islamisierungskongresses („Nein zur Kölner Großmoschee!“) den Ruf unserer Stadt ruinierten.

Am 19. und 20. September herrschte in Köln Ausnahmezustand: Die ganze Innenstadt war für jeden normal aussehenden Bürger eine regelrechte Gefahrenzone.



Der Grund dafür: Weitgehend ungehindert von der Polizei „kontrollierten“ linksextreme Blockwarte den Zutritt zur Innenstadt und auf den Heumarkt.

Alle „normal aussehenden“ Bürger und Anwohner mußten jugendlichen Krawallmachern und hartgesottenen linken Schlägern ihre Ausweise vorzeigen und erklären, wohin sie denn wollten!

Wer nicht gleich parierte, wurde im besten Fall „nur“ beschimpft und weggeschubst.

Wer Pech hatte, wurde aber auch bespuckt, getreten oder bekam von den Berufsrevolutionären unter den Augen der Kölner Polizei gleich „richtig eine aufs Maul“.

Unzählige Fensterscheiben gingen zu Bruch, Müllcontainer wurden angezündet und es wurde randaliert, was das Zeug hielt.

Am Vortag wurde zudem eine Pressekonferenz der islamkritischen Kongreßteilnehmer von linken Gewalttätigen angegriffen: Es flogen - von der Polizei völlig ungehindert - faustgroße Pflastersteine, Bierflaschen und Farbbeutel auf gewählte Abgeordnete, wobei nur durch pures Glück niemand verletzt wurde.

Das Schiff, auf dem die Pressekonferenz stattfand, wurde dagegen schwer beschädigt, bevor es beinahe auch noch von den roten Fanatikern gestürmt worden wäre!

Aufgrund dieser unglaublichen Zustände konnten am 20. September die meisten der über 1.000 friedlichen Besucher des Anti-Islamisierungskongresses,

darunter der Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche sowie viele Europaabgeordnete und Parlamentarier aus Österreich und Flandern, erst gar nicht bis zum Heumarkt gelangen. Und als die Linksextremisten immer aggressiver wurden und sogar direkt Polizeibeamte angriffen - da wurde der „polizeiliche Notstand“ ausgerufen und kurzerhand der Kongreß von pro Köln verboten, anstatt die linken Schlägertruppen in die Schranken zu weisen!

Diese unglaublichen Vorfälle sind eine Schande für ganz Köln!

Vor der versammelten Weltpresse spielten sich Szenen ab, die man so in Deutschland nicht mehr für möglich gehalten hätte.

Der angesehene Bonner Staatsrechtler Prof. Josef Isensee sprach gar von einer „**Blamage des Rechtsstaates**“. Es habe sich um eine Kapitulation der Polizei vor der Gewalttätigkeit von Linksautonomen gehandelt. Der Jurist wertet den Vorgang als „**eine Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit**“ der Bürgerbewegung pro Köln, die an diesem Wochenende lediglich ihre demokratischen Grundrechte wahrnehmen wollte.

Der prominente jüdische Journalist Henryk M. Broder setzte noch eins drauf und geißelte die Vorgänge als „**totale Kapitulation des Rechtsstaates**“: „Das Demonstrationsrecht hängt nicht davon ab, ob man mit den Demonstranten Sympathie hat oder nicht: Das ist ein Grundrecht“,

so Broder weiter. Auch zum Verhalten von gewalttätigen Linksextremisten und der Polizei fand Broder deutliche Worte: „Die so genannte Antifa, die auf der Straße in der Überzahl war und sich gebärdete wie früher die SA(!), erzwingt von der Polizei die Aufgabe des Schutzes der Rechtspopulisten ... Sie (die Polizei) muss die Auflagen des Rechtsstaats durchsetzen. Hier hingegen ist aus opportunistischen Gründen eine Versammlung untersagt und abgesagt worden. Jeder darf eine Gegenkundgebung organisieren, aber eine angemeldete und genehmigte Demonstration muss von der Polizei geschützt werden! Hier in Köln hat sich der Staat der Macht der Straße gebeugt.“

Für CDU, SPD und Co. ist dagegen an diesem September-Wochenende alles nach Plan gelaufen. CDU-Oberbürgermeister Fritz Schramma kommentierte die Vorfälle am nächsten Tag in dankenswerter Offenheit:

„Der gestrige Tag war ein Sieg für diese Stadt, ihre Bürger und alle demokratischen Kräfte.“



Pro Köln sagt dagegen: Wer so redet und auf den demokratischen Grundrechten herumtrampelt, gehört abgewählt.

Im Juni 2009 haben die Kölner die Gelegenheit dafür!

Juni 2009: pro Köln wählen

Täglich neue Berichte auf unseren Internetseiten!

Kölner Erklärung:

Verabschiedet auf dem Anti-Islamisierungskongress vom 19.-21. September des europäischen Städtebündnisses gegen Islamisierung:

Die gesamte sogenannte Integrationspolitik der verbrauchten politischen Klasse ist gescheitert. Ihr Ergebnis ist die Anwesenheit von Millionen Migranten aus einer völlig anderen Kultur; viele von ihnen ohne jede berufliche Qualifikation bzw. Perspektive und nur bedingt integrationsfähig und -willig.

Zudem belastet der Familiennachzug unsere Sozialkassen mit Milliardenbeträgen. Die Zahl der Muslime in ganz Westeuropa nimmt darüber hinaus ständig zu. In unseren Großstädten gedeihen immer größer werdende Enklaven in Gestalt von muslimischen Parallelgesellschaften.

Das missglückte Kölner Kofferbombenattentat sowie die Aufdeckung der Sauerländer Terrorzelle im letzten Sommer belegen in erschreckender Weise, dass der islamistische Terror sehr wohl zwischenzeitlich auch in der Bundesrepublik Deutschland angekommen ist.

Islamistische Aggressivität wird jedoch von der politischen Klasse sowie den Blockwarten der political correctness mit Toleranz und naiven Dialogversuchen beantwortet. Hassprediger bzw. Terrorzellen werden gar vom Sozialsystem umhegt und alimentiert.

Als engagierte Demokraten bekennen wir uns ausdrücklich zu den Grundrechten, die für eine jede Demokratie elementar sind. Wir bekennen uns darüber hinaus selbstverständlich zur Religionsfreiheit für Muslime. Jedoch erwarten wir von den muslimischen Migranten ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Gewaltfreiheit, zum Wertekanon unseres Grundgesetzes, zur mitteleuropäischen Leitkultur sowie zur Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Wir sagen zudem entschieden **NEIN** zur weiteren Islamisierung und Großmoscheebauten.

Es gibt, wie der Publizist Ralph Giordano zu Recht bemerkt, kein Grundrecht auf den Bau von repräsentativen Großmoscheen in unseren Städten. Großmoscheen einschließlich Minaretten sind für uns Symbole einer regelrechten kulturellen Landnahme eines immer aggressiver werdenden Islams. Für uns ist der radikale Islam mit dem Wesenskern einer freiheitlich demokratischen Grundordnung schlicht

unvereinbar. Ohne die einheimische Bevölkerung ausreichend in den Entscheidungsprozeß mit einzubeziehen, werden Moscheen im Stile „islamistischer Prachtbauten“ gebaut und der Bevölkerung einfach so „vor die Nase gesetzt“. Dabei ist bekannt, dass diese



sogenannten repräsentativen Großmoscheen ein politisches Symbol darstellen, um Macht zu demonstrieren und um zu zeigen, dass der Islam Einzug in Mitteleuropa gehalten hat.

In denselben Moscheen treiben teilweise sogenannte Hassprediger ihr Unwesen und radikalisieren die Gläubigen. Mitnichten dienen diese Moscheen der Integration der Muslime; im Gegenteil, sie fördern die Entstehung und den Ausbau gefährlicher Parallelgesellschaften, in denen nicht unser Grundgesetz und unsere Gesetze, sondern ausschließlich der Koran und die Scharia gelten. Um die jeweiligen Moscheen herum bildet sich eine unabhängige, parallele Infrastruktur jenseits der Mehrheitsgesellschaft.

Es entstehen Enklaven, in denen man prima leben kann, ohne jemals ein Wort in deutscher, französischer, englischer, italienischer oder spanischer Sprache gewechselt zu haben.

Die neuen entstehenden Geschäfts-, Sport- und Kulturzentren werden in der Regel ausschließlich von der den jeweiligen Moscheebau tragenden Migrantengruppe genutzt.

Im Übrigen erzeugt der Bau von deutlich erkennbaren Großmoscheen mit der entsprechenden islamistischen Symbolik eine nicht unerhebliche Trennungsbewegung der jeweiligen Bevölkerungsteile. Die einheimische Bevölkerung zieht - wenn es irgendwie möglich erscheint - in bürgerliche Stadtviertel weg und wird insoweit von muslimischen Zuwanderern ersetzt. So verfestigen sich gerade in unseren Großstädten Ghettostrukturen und die sogenannte Parallelgesellschaft.

Es gilt daher, den gefährlichen Islamisten den Nährboden zu entziehen und jeden Großmoscheebau zu unterbinden.

Wir sagen **Nein** zum geplanten Großmoscheebau in Köln-Ehrenfeld. Das Wahrzeichen von Köln muss der Dom bleiben.

Bei aller Höflichkeit gegenüber den Migranten aus anderen Kulturen muss doch deutlich gesagt werden: Der Islam darf in Europa nicht zur neuen Leitkultur werden. Bestimmte Auswüchse des Islamismus stehen unserem Menschenbild und unserer Demokratie entgegen.

Wir fordern daher ganz konkret:

- Generell keine Neubauten von Moscheen in Wohngebieten
- Keine Umnutzung von bereits bestehenden Gebäuden zu Islamzentren und Moscheen in Wohngebieten.
- Muslimische Gebetsräume sollen baurechtlich nur in Außenbezirken zugelassen werden und darüber hinaus intensiv von unseren Sicherheitsbehörden überwacht werden
- Islamistische Hassprediger sind unverzüglich abzuschieben.
- Islamzentren, in denen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung offen oder latent agitiert wird, sind nach Abschluss eines rechtsstaatlich korrekten Verfahrens schnellstmöglich zu schließen, denn islamistischen Feinden unserer Demokratie darf null Toleranz entgegengebracht werden.





(Pro) KÖLN im

AUSNAHMEZUSTAND

Über 150 gewählte Parlamentsabgeordnete und Stadträte aus ganz Europa kamen am 19. und 20. September auf Einladung von **pro Köln** in die Domstadt, um über die zunehmende Islamisierung und Überfremdung der europäischen Städte zu reden. Unter dem Motto „**Nein zur Islamisierung! Nein zur Kölner Großmoschee**“ war Köln als symbolträchtiger Standort dafür ausgesucht worden. Neben deutschen Patrioten kamen zum Beispiel auch Vertreter großer respektierter

Worum ging es eigentlich auf dem Anti-Islamisierungskongreß?



Parteien aus Belgien und Österreich – der Vlaams Belang und die FPÖ liegen in ihren Ländern bei Wahlen regelmäßig bei rund 20 Prozent – sowie ein Europaabgeordneter der italienischen Regierungspartei Lega Nord. Neben internen Diskussionsveranstaltungen, auf denen auch die auf der vorigen Seite abgedruckte „**Kölner Erklärung**“ beraten und verabschiedet wurde, sollte es einige öffentliche Programmpunkte geben: eine internationale Pressekonferenz, eine politische Ortsbesichtigung (u.a. des Großmoschee-Geländes) und eine große Abschlußkundgebung auf dem

Heumarkt. All diese ordentlich angemeldeten öffentlichen Veranstaltungen konnten nur unter massiven Störungen linker Gewalttäter durchgeführt werden oder wurden teilweise ganz verhindert. So mußte zum Beispiel die öffentliche Kundgebung am Heumarkt, für die weit mehr als 1.000 Besucher und 200 Journalisten nach Köln angereist waren, wegen des „**polizeilichen Notstandes**“ aufgrund linker Krawalle kurz nach Beginn wieder beendet werden.

„Ein Armutszeugnis für die Demokratie, Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland!“

Linke Chaoten kosten uns 10 Millionen Euro!

Die Ausschreitungen am 20. 9. in Köln werden uns allen teuer zu stehen kommen. Angeheizt von den Kölner Altparteien und den Lokalmedien terrorisierten einige tausend aus halb Europa herangekarrte Linksextremisten die Innenstadt. Es gab Dutzende Körperverletzungen und Sachbeschädigungen, rund 500 Linke wurden in Gewahrsam genommen. Rund 6.000 Polizisten mussten deshalb an diesem Wochenende Dienst tun. Laut einer Kölner Zeitung kostet uns Steuerzahlern dieser Einsatz rund €9 Mio. Hinzu kommen die zahlreichen Sachbeschädigungen, wodurch uns der linke Terror insgesamt mit ca. €10 Mio. abgerechnet werden wird. Was hätte man mit €10 Mio. alles tun können? Wieviel Schulen und Kindergärten hätten renoviert werden, wieviel Straßen ausgebaut und wieviel Gebühren und Abgaben gesenkt werden können!

Bedanken können sich die Kölner für diese Mega-Steuergeldverschwendung auch bei den Lokalzeitungen und OB Schramma. Diese haben die Menschen gegen eine völlig friedliche Versammlung islamkritischer Bürger und Politiker über Monate hin regelrecht aufgehetzt. So wurde ein Klima geschaffen, in dem Linke aus Hamburg, Berlin, München und sogar aus den Benelux-Staaten auf „**ordentlich Randal**“ hoffen konnten. Die Rechnung von Schramma und Co. ging auf: Mit Hilfe linksextremer Schlägertrupps konnte die öffentliche Kundgebung am Heumarkt verhindert werden. Die Zeche dafür müssen die Kölner Steuerzahler beglichen.

Danke Herr Schramma!

Solche widerlichen Sprüche über politisch Andersdenkende, in diesem Fall demokratisch gewählte islamkritische Abgeordnete, wollten wir in Deutschland eigentlich nie wieder hören:

„Verfaulte Clique des Eurofaschismus“ und „braune Soße, die in die Toilette gehört“

(CDU-Oberbürgermeister Fritz Schramma)

„Diese Typen sind die Pest der deutschen und europäischen Politik, und wir werden sie als solche therapieren.“

(SPD-Politiker Jürgen Wilhelm)

„Mit diesem Kongreß stinkt pro Köln nach braunem Exkrement, und ihre Politiker stinken mit.“

(FDP-Fraktionsgeschäftsführer Ulrich Breite)

„Soll die braune Soße doch im Rhein versinken.“

(SPD-Bezirksbürgermeister Josef Wirges)

Und so haben uns Schramma und Co. in ganz Deutschland blamiert:

„Intoleranz kommt groß in Mode. Der Kölner Oberbürgermeister rühmt sich seiner Intoleranz gegen eine kleine Gruppe in seiner Stadt, die sich vor Muslimen fürchtet ... Früher war es das Vorrecht der Bürger, gegen die Politik auf die Straße zu gehen. Neu interpretiert wird seit einiger Zeit auch der Begriff Zivilcourage. ‚Mut‘ zeigt, wer mit der ganz großen Mehrheit gegen (gewaltlose) Minderheiten vorgeht ... Deshalb werden dort auch Anschläge auf Mitglieder von ‚Pro Köln‘ stillschweigend toleriert. Diese Mode ist wirklich zum Fürchten.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

„Köln war eine totale Kapitulation des Rechtsstaates.“

(Henryk M. Broder)

„Der Rückzug der Polizei vor privater Gewalt ist ein Akt der Schwäche der Staatsgewalt, wenn nicht gar der politischen Feigheit“

(Prof. Dr. Josef Isensee)

„Im ‚hillijen‘ Köln sollte man wissen, was es heißt, Märtyrer zu schaffen ... Man muss kein Sympathisant des Vereins ‚Pro Köln‘ sein, um festzuhalten, dass es Aufgabe der Polizei ist, auch dessen Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen.“

Hatten die Sicherheitskräfte etwa das Gewaltpotenzial der linksautonomen Szene unterschätzt?

Oder handelt es sich gar um eine ‚rheinische Lösung‘, sich des unerwünschten Auftritts zu entledigen? Solche Fragen bleiben und damit ein schaler Nachgeschmack nicht nur bei Staatsrechtlern.

Der Verein ‚Pro Köln‘ wird die Entscheidung juristisch anfechten und das womöglich mit Aussicht auf Erfolg. Und er wird seine populistischen Forderungen weiter verbreiten.

Die Politiker, die gestern einen ‚Sieg der Zivilgesellschaft über die Rechtsextremisten‘ bejubelten, haben sich zu früh gefreut.“

(Rheinische Post)

„Aber ein Sieg für die Demokratie sieht anders aus: Das Recht auf Meinungsfreiheit ist beschnitten worden, weil einige Autonome Straftaten begingen und es der Polizei ‚zu heiß‘ wurde.“

(Rheinpfalz am Sonntag)